

## Tschechien

VLADIMÍR HANDL / KRISTINA LARISCHOVÁ

Das weiterhin bestehende Oppositionsabkommen<sup>1</sup> zwischen den Sozialdemokraten (CSSD) und der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) kostete vor allem die regierende CSSD bei den Senatswahlen und den ersten Wahlen in die neu errichteten Kreise viele Wählerstimmen.<sup>2</sup> Die anderen vier mitte-rechtsorientierten Parteien bildeten eine Vierer-Koalition (4K)<sup>3</sup> und einigten sich auf einen gemeinsamen Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen 2002. Die Parteipräferenzen vom März 2001 bestätigen den klaren Vorsprung der oppositionellen 4K mit 29,8%, vor der ODS (19,7%), den Kommunisten (KSCM, 17,1%) und der CSSD (16,3%).<sup>4</sup> Der Ausgang der Krise im Tschechischen Fernsehen Ende 2000, die durch den politischen Druck der ODS verursacht worden war, hat das Verständnis für Demokratie in der tschechischen Bevölkerung gestärkt.

Die makroökonomische Stabilität hat sich im Jahr 2000 verfestigt. Nach dreijähriger Rezession kam es zu einem Wirtschaftswachstum von 3,1% des BIP, wobei die Inflation niedrig blieb (3,9%). Die Privatisierung von Banken und die Restrukturierung der Unternehmen wurden fortgesetzt. Angeregt von der Regierung, sind im Jahr 2000 (ausländische) Direktinvestitionen in Höhe von 4,6 Milliarden US-Dollar nach Tschechien geflossen.<sup>5</sup>

Das Jahr 2000 war durch verschlechterte Beziehungen zu Österreich geprägt. Es gab den Verdacht Prags, dass Wien ein Junktim zwischen der Aufhebung der Präsidentendekrete der Nachkriegszeit oder der Inbetriebnahme des Atomkraftwerks (AKW) Temelin und dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) herstellen möchte. Ende 2000 haben sich Österreich und Tschechien im österreichischen Melk auf ein ökologisches Audit des AKW Temelin geeinigt. Prag reagierte auf den österreichischen Vorschlag, eine strategische Partnerschaft in Mittel- und Osteuropa (MOE) zu schaffen, zurückhaltend.

Die Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik (CR) und der Slowakei war weiterhin erfreulich. Der gleichzeitige EU-Beitritt beider Länder sowie die slowakische NATO-Mitgliedschaft blieben für Prag erste Priorität. Tschechien und die Slowakei haben im April 2000 einen Vertrag über die Zusammenarbeit bei der EU-Rechtsharmonisierung unterzeichnet. Aufgrund einer britischen Initiative vereinbarten Prag und London einen bilateralen Aktionsplan zur Förderung des tschechischen EU-Beitritts. Die CR begrüßte die Bereitschaft der deutschen Politik, ehemalige Nazi-Zwangsarbeiter zu entschädigen, die Öffentlichkeit nahm die zögernde Haltung vieler deutscher Firmen jedoch kritisch wahr.

### *Öffentliche Debatte über die EU*

Die Parteien begannen erst seit Anfang 2001, eine präzisere Position zur „finalité“ Europas zu formulieren. Während sich Staatspräsident Havel<sup>6</sup>, Premierminister Zeman sowie Außenminister Kavan zu einer supranationalen EU und zu einer europäischen Verfassung bekannt haben, wich die ODS von der allgemein pro-europäischen Haltung der Parlamentsparteien ab. Der Parteichef Klaus kritisierte andere Parteien für ihr „Hurra-Europäertum“.<sup>7</sup> Die ODS hat als einzige bedeutende politische Kraft öffentlich in Erwägung gezogen, dass die CR der EU nicht beitreten könnte.<sup>8</sup> Die KSCM blieb zurückhaltend, rief aber zu einer „kritischen Unterstützung“ des EU-Beitritts auf. Die Freiheitsunion (US) profilierte sich unter den pro-europäisch gestimmten 4K-Parteien als am meisten liberal und offen gegenüber der Europäischen Union. Es wurde ein regelmäßiges Treffen der Parteivorsitzenden mit dem Außenminister vereinbart.<sup>9</sup> Im März 2001 haben sich 45% der Bevölkerung für den EU-Beitritt und 24% dagegen geäußert, der Rest ist unentschieden.<sup>10</sup>

### *Regelmäßiger Bericht der Europäischen Kommission<sup>11</sup>*

Der dritte regelmäßige Fortschrittsbericht fiel für die CR überwiegend positiv aus. Die Kommission hat vor allem die legislative Harmonisierung gelobt.<sup>12</sup> Die unvollendete Justizreform, der ungenügende Fortschritt bei der Reform der öffentlichen Verwaltung und bei der Grenzüberwachung, Mängel in der Korruptions- und Wirtschaftskriminalitätsbekämpfung, das Fehlen eines Staatsdienstgesetzes sowie die beschränkte Unabhängigkeit der Zentralbank waren die wichtigsten Kritikpunkte. In der Gesamtbeurteilung der Kandidaten nach dem Wirtschaftskriterium ist Tschechien nur in der dritten Ländergruppe gelandet. Das Außenministerium hat diese Einstufung deutlich abgelehnt.

### *Entwicklung der Beitrittsvorbereitungen*

Die Regierung verabschiedete im Mai 2000 das angepasste Nationalprogramm zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt.<sup>13</sup> Ende 2000 konnte man konstatieren, dass es Verzögerungen in den Bereichen Audiovision, Umbau der Eisenbahn, Finanzkontrolle der öffentlichen Verwaltung und Verbrauchersteuern gab. Der Regierungsentwurf des Nationalprogramms für das Jahr 2001 konzentriert sich auf eine Verbesserung der öffentlichen Verwaltung und des Gerichtswesens sowie auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität.<sup>14</sup> Als Reaktion auf die Kritik der Kommission hat die Regierung einen Aktionsplan zum Beitritt für das erste Halbjahr 2001 verabschiedet.

Die CR und die Kommission vereinbarten ein Abkommen über Beschäftigungspolitik, das die EU-Strategie einschloss. Das Arbeitsgesetzbuch wurde den EU-Normen angepasst. Am 13. Dezember 2000 wurde in Prag eine Vereinbarung über das Vorbeitrittsprogramm ISPA unterzeichnet. Die Gesamtunterstützung des PHARE-Programms für die CR im Jahr 2000 erreichte fast 100 Millionen Euro.<sup>15</sup> Erst im September 2000 billigte die EU das erste SAPARD-Projekt. Prag hat es seit 1999 versäumt, pro Jahr rund 23,5 Millionen Euro als Programmfinanzierung zu

beantragen.<sup>16</sup> Gemäß der Implementationsstrategie im Agrarbereich fließen die Finanzmittel überwiegend in die Struktur- und Regionalpolitik. Es gelang nicht, die Novelle des Strafrechts und der Verfassung im Parlament durchzusetzen, was die Justizreform weiter verzögerte. Das Amt des Ombudsmanns wurde eingerichtet und die Stellung des Amtes für Wettbewerbsschutz gestärkt. Im Mai 2000 nahm das Amt für die Überwachung der öffentlichen Subventionen seine Arbeit auf.

### *Beziehungen zur EU*

Fast 70% des tschechischen Handels fanden mit den EU-Mitgliedsländern statt. Im Jahr 2000 verzeichnete der Handel Tschechiens mit der EU im Unterschied zum Vorjahr ein Defizit. Die Kommission spielte eine Vermittlerrolle bei der tschechisch-österreichischen Vereinbarung über das AKW Temelin in Melk. Die Resolution des Europäischen Parlaments zur CR beinhaltete die Forderung, die Gesetze und Dekrete der Benesch-Regierung von 1945/46 auf ihre Vereinbarkeit mit dem EU-Recht zu überprüfen. Die Agrarminister Tschechiens und der Slowakei kritisierten die Europäische Union, dass sie die Umsetzung der Vereinbarung über die Liberalisierung des Agrarhandels zwischen der EU und den MOE-Kandidatenstaaten vertagt hat.<sup>17</sup> Brüssel hat wiederholt das tschechische System der staatlichen Beihilfen für die Stahlindustrie kritisiert und von Prag ein Restrukturalisierungsprogramm des Hüttenwesens verlangt. Prag und Brüssel unterzeichneten auch ein Abkommen über die Kompatibilität und Akzeptanz von Industrieprodukten.

Die tschechische Politik unterstützte die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), inklusive der Entscheidungsautonomie der EU über Aktionen ohne NATO-Beteiligung. Prag setzte sich für die besonderen Beziehungen der 15 EU-Mitglieder mit den 6 nicht-EU-Mitgliedstaaten, die der NATO angehören, ein. Die Zufriedenheit Tschechiens (12 Stimmen im künftigen Rat) mit dem Nizza-Gipfel wurde durch die diskriminierende Anzahl der ihm zugewiesenen 20 Parlaments-Mandate getrübt.

### *Stand der Verhandlungen*

Der Chefunterhändler Telicka betonte weniger die Beschleunigung als die Notwendigkeit einer „Intensivierung“ der Verhandlungen<sup>18</sup> und einer besseren Vorbereitung seitens der EU. Die Anzahl der abgeschlossenen Kapitel sei nicht das wichtigste Kriterium des Fortschritts, da dies zu ungünstigen Kompromissen führen würde. Die tschechische Diplomatie hat sich wiederholt beschwert, dass die EU nicht im Stande gewesen sei, gemeinsame Verhandlungspositionen rechtzeitig vorzulegen. Um die Verhandlungen zu dynamisieren, hat Prag auf sieben Übergangsfristen verzichtet. Momentan verlangt Tschechien 24 solcher Fristen in folgenden Kapiteln: freier Kapitalverkehr (eine Regelung), freier Personenverkehr (eine), Steuern (fünf), Umwelt (vier), Beschäftigung und Soziales (eine), Kultur und audiovisuelle Medien (eine), Energie (zwei), Justiz und Inneres (eine), Landwirtschaft (sieben), Finanzen und Haushalt (eine). Wegen eigener Verzögerungen sowie der österreichischen Position in den Kapiteln Umwelt und Energie, gelang es Tschechien

## DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

während der französischen Präsidentschaft nicht, weitere Kapitel zu schließen. Ende März 2001 wurden die Verhandlungen in den Kapiteln Unternehmensrecht und Freier Dienstleistungsverkehr beendet und somit die Bilanz von 15 abgeschlossenen Kapiteln erreicht.

### Schlussfolgerungen

Die insgesamt positive Beurteilung durch die Europäische Kommission ist auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, die beschleunigte Rechtsharmonisierung, die rasante Fortsetzung der Reformen, aber auch auf den Oppositionsvertrag sowie auf die pro-europäische Einstellung der Regierung zurückzuführen. Prag hat vor allem das Differenzierungsprinzip in der so genannten Road map der Kommission begrüßt.<sup>19</sup> Die öffentliche EU-Debatte zeigt, dass in Tschechien bisher kein wirklicher Konsens über die Zukunft der EU besteht. Das euroskeptische Potenzial bleibt weiterhin erheblich. Dank der Kommunikationsstrategie der Regierung hat sich der Informationsstand der Bevölkerung jedoch verbessert.

### Anmerkungen

- 1 Das Oppositionsabkommen (Juli 1998, im Januar 2000 in den „Toleranzpakt“ weiterentwickelt), zwischen der CSSD als Wahlsieger und der ODS als der stärksten Oppositionspartei abgeschlossen, ermöglichte der CSSD eine Minderheitsregierung zu bilden.
- 2 Die ersten Wahlen in die 14 Kreise fanden am 12.11.2000 bei einer niedrigen Wahlbeteiligung von 33,64% statt. Während in den Kreiswahlen die ODS gefolgt von der Vierer-Koalition am besten abschnitt, ging die 4K aus den Senatswahlen als eindeutiger Sieger hervor.
- 3 Die Vierer-Koalition besteht aus der Christlich-Demokratischen Union – Tschechischen Volkspartei (KDU-CSL), der Freiheitsunion (US), der Demokratischen Bürgerallianz (ODA) und der Demokratischen Union (DEU).
- 4 STEM-Umfrage, März 2001, <http://www.stem.cz>.
- 5 WIIW Datenbank, Wien 3/2001.
- 6 <http://www.hrad.cz/president/Havel/Speeches>.
- 7 V. Klaus: II. Ideenkonferenz der ODS, Prag, 11.6.2000, <http://www.ods.cz>.
- 8 Lidove noviny (LN), 24.3.2001.
- 9 Ceska tiskova kancelar (CTK, Tschechische Presseagentur), 9.3.2001.
- 10 Eine Umfrage der Mitteleuropäischen Gruppe für Meinungsuntersuchung ergab für die CR den höchsten Anteil an Unentschiedenen und den geringsten Anteil an EU-Befürwortern im Vergleich mit Polen und Ungarn, vgl. LN, Hopodarske noviny (HN, Wirtschaftszeitung), 5.4.2001.
- 11 [http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report\\_11\\_00/index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report_11_00/index.htm).
- 12 Die zwischen der CSSD und ODS vereinbarte Beschleunigung und Vereinfachung des legislativen Verfahrens für die EU-relevanten Vorlagen funktionierte sehr gut.
- 13 Englische Version siehe <http://www.euroskop.cz/dokumenty/np2000en.zip>.
- 14 CTK, 9.3.2001.
- 15 CTK, 31.10.2000.
- 16 Tschechien bringt sich unnötigweise um EU-Gelder (tschech.), LN 30.3.2001.
- 17 CTK, 2.11.2000.
- 18 Telicka: Es geht nicht mehr nur um den Abschluss von Kapiteln (tschech.), CTK, 6.4.2000.
- 19 Vgl. P. Telicka, in: *Mezinarodni politika (Internationale Politik) 1/2001*, S. 5-7, IIR, Prag 2001.

### Weiterführende Literatur

- Handl, Vladimir: Czech Integration Policy: End of Dichotomy? EUI Working Papers Nr. 2001/15, Florenz.
- Khol, Radek: Old Strategic Thinking in the New Strategic Environment: Problems of Adapting the Security Policy of the Czech Republic, NATO Defense College Monograph Series, Rome 2000.
- Weichsel, Volker: Westintegration und Russlandpolitik der Tschechischen Republik, Münster 2000.
- Pavlik, Petr: „The Czech Republic“, in: Helena Tang (Hrsg.): *Winners and Losers of EU Integration. Policy Issues for Central and Eastern Europe*, Washington 2000, S.121-144.